

PLANZEICHENERLÄUTERUNG

Die Grundbesitzer sind die einschlägigen Schutzmaßnahmen gemäß dem Stand der Technik umzusetzen. Bei tankungen und die Lagerung von Kraftstoffen, Hydrokarbon- und Mineralien sind nur auf bestehenden und gegenüber dem Untergrund abgesicherten Flächen, die in dafür zugelassenen Behältnissen erlaubt, auf der Baustelle sind Ölbündelmittel in ausreichender Menge vorzuhalten. Betonfahrzeuge und -maschinen sind nur auf eigens für diesen Zweck eingerichteten Anlagen und Flächen zu reinigen. Betonsorte- und -abfälle dürfen nicht im Baufeld abgelagert oder zwischengelagert werden, sondern sind umgehend ordnungsgemäß zu entsorgen.

V 6: Minimierung der Versiegelungsgrades
Die geplanten Erschließungswege sind mit verschleißsfähigen Belägen (nach Möglichkeit als Schotter- oder Splachfläche) anzulegen.

V 7: Durchlässigkeit des Zaunes für Kleinsäuger
Die geplante Sicherheitszaun ist so anzulegen, dass er für Mittel- und Kleinsäuger passierbar ist, d.h. mit einer Bodenfreiheit von 0,15 m.

V 8: Minimierung der Wirkungen auf das Landschaftsbild
Zur besseren Einbindung in das Landschaftsbild wird die Zaunanlage in gedeckten grünen Farbtönen gehalten (v.a. Nahwirkung). Die Zaunhöhe wird auf 2m begrenzt.

M 1: Naturnahe Grünlandensaat und extensive Bewirtschaftung des Sondergebietes
Die Solarparkfläche wird zukünftig als Grünland bewirtschaftet. Hierzu wird die bestehende Ackerfläche mit zertifiziertem Regio Saatgut (Produktionsraum Süddeutsches Berg- und Hügelland mit Oberrheinregion gem. VWW-Zertifizierung) eingesaat. Falls es zu Bodenverdichtungen durch den Baustellenverkehr gekommen ist, wird die Fläche vor der Aussaat gelockert und anschließend eingeeget. Das Saatgut wird oberflächlich aufgebracht und angewiegt. Empfohlen wird eine Aussaatdichte von 2-4 g/m².
Die Einsaat erfolgt auch auf der Ackerbrache, die zuvor gemäht, umgebrochen und eingeeget wird. Alternativ zur Einsaat von Regio Saatgut kann auch eine Impfung durch Heumulchsaat erfolgen, wobei die Spenderflächen und das Verfahren in Abstimmung mit dem LUA noch festzulegen wären. Die Fläche wird ein- bis zweimal jährlich gemäht. Bei jeder Mahd ist ein Mindestabstand von 15 cm zwischen Boden und Mähwerk einzuhalten. Die Mahd erfolgt frühestens ab dem 15. Juni, damit die Wiesenfähigkeit für möglichst viele Tiere und Pflanzen als Lebensraum nutzbar ist. Das Mahdgut wird von der Fläche entfernt, die Flächen dürfen nicht gemulcht werden.
Alternativ zur Mahd ist auch eine extensive Beweidung durch Schafe möglich, die allerdings erst im 2. Jahr nach der Einsaat beginnen darf.
Der Einsatz von Düng- und Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.

8. ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 25 B AUFGAB

9. KOMPENSATIONSMASSNAHMEN
GEM. § 9 ABS. 1A AUFGAB

Siehe Plan.
Die Gehölzstrukturen und sonstigen Bepflanzungen innerhalb der entsprechend gekennzeichneten Bereiche sind zu erhalten.

A 1 (CEF): Anlage von Feldlerchenfenstern/Ackerbachstreifen
Zielart: Feldlerche (Lebensraum-/Bruststreuverlust)
Als Kompensationsmaßnahme ist die Anlage sog. Lerenchenfenster in Ackerflächen und/oder die Anlage von Ackerbachstreifen vorgesehen, vorzugsweise in den südlichen oder südwestlich angrenzenden Ackerflächen.
Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass durch die geplante PVA eine Entwertung der Fläche als Brutraum stattfindet, dies jedoch nicht als vollständiger Brutraumverlust zu werden ist.
Lerenchenfenster sind kleine künstliche Saatücken von mindestens 20 m² innerhalb der Ackererschläge. Zwischen dieser Fenster pro Hektar sind ausreichend, um den Brutverlust der Feldlerche, v.a. für eine Zweitbrut, deutlich zu erhöhen. Die Lerenchenfenster wirken sich auch positiv auf andere Brutvögel wie Feldschwirl und Rebhuhn sowie auf Kleinsäuger aus.
Zur Herstellung ist lediglich die Sämaschine für eineinige Meter anheben, z.B. bei 3-m-Sämaschine für 7 m (Reichwert: 20 m² pro Fenster). Weitere Angaben sind:
• Abstand zum Feldrand mind. 25 m
• Abstand zu Gehäusen und Gebäuden mindestens 50 m (zu Wald 60 m gem. GLB Bayern)
• Lage zwischen Fallgraben zentrieren
Die Fenster werden nach der Aussaat wie der Rest des Schlags bewirtschaftet; der Ernteausfall ist mit etwa fünf Euro pro Hektar niedrig und der Arbeitsaufwand gering.
Im Umfeld der Fenster sollte auch auf eine Düngungs- und Pflanzenschutzreduzierung geachtet werden und die mit auch ein gewisser Ackerwildkrautbestand geduldet werden.
Im Ergebnis eines intensiven Akquisitionsprozesses potenzieller Maßnahmenanträge bei den grünen Landwirten wurde folgende Maßnahmen festgelegt:
Anlage von 9 Lerenchenfenstern auf den Flurstücken 45 und 49 (Flur 1, Gemarkung Niederlöffelweller) und auf den Flurstücken 3/1, 4/1 und 19 (Flur 1, Gemarkung Ottweiler).
Alle Flächen werden für die Dauer des Betriebes der PVA in einer Fruchtfolge mit Weizen, Roggen, Luzerne, Raps oder Mais bestellt. Dies wird vertraglich gesichert.
Der negativen Einschätzung des LUA folgend wird jedoch zusätzlich vertraglich geregelt, dass im Fall eines Maisanbaus auf einer der Maßnahmenflächen zeitgleich die gleiche Anzahl von Lerenchenfenstern auf Pachtflächen im nahen Umfeld (ca. 1km, z.B. südlich der geplanten PVA) mit dann abweichender Kulturart angelegt wird.
Die dauerhafte Anlage der Lerenchenfenster ist vom Vorhandensein zu sichern bzw. zu überwachen. Die Maßnahme ist als CEF-Maßnahme bereits vor Beginn möglicher Baularbeiten, spätestens jedoch im darauffolgenden Jahr noch vor Beginn der Brutzeit funktionstüchtig umzusetzen.

A 2 (CEF): Aufwertung von Nahrungsräumen des Rotmilchs
Zielart: Rotmilch (Lebensraumverlust, Vermeidung des Verlustes v. § 44 Abs. 1 Nr. 3)
Als Ausgleich für den Verlust von Jagdflächen des betroffenen Brutpaars Maßnahmen zur Verbesserung der Nahrungsbedingungen zu ergreifen.
Aufgrund einer nur geringen belegbaren Bindung an die Planungsfläche (einmalig beobachteter Überflug), der geringen Nahrungsraumqualität des Eingriffsraums (Wintergetreide und Maisacker mit hohem Fruchtstand zur Zeit der Jungenaufzucht, verbuschende und staubende Brache) und der auf der Ausgleichsfläche durch die genannten Maßnahmen gegenüber dem beanspruchten Lebensraum überproportionalen Anlockwirkung wird ein Ausgleich des Nahrungsraumverlustes in einem Flächenverhältnis von 1:2 als ausreichend erachtet. Hierzu werden folgende Maßnahmen festgesetzt:
• Anpassung des Mahdregimes auf den Flurstücken 62 und 64, Flur 6, Gemarkung Niederlöffelweller
Aktuelle Nutzung: aufgedüngte Oberrassener Fehlwiese; 2-schürige Mahd (1. Mahdtermin-Anfang bis Mitte Juni, 2. Mahdtermin Ende Juli-Anfang August) und damit außerhalb der Aufzuchtphase

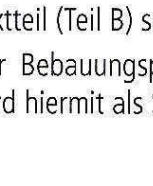
Art 3 für die Verfahrens Durchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:

- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 02. November 2017 (BGBl. I S. 2624), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802).
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BaunVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802).
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauplanblätter und die Darstellung des Planihalls (PlanV) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802).
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306).
- Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306).
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 2. Juni 2021 (BGBl. I S. 1295).
- § 12 des Kommunal Selbstverwaltungsgesetzes (KSVG) des Saarlandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1987 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8/9. Dezember 2020 (Amtsbl. I S. 1341).
- Saarländisches Landschaftsordnung (LBO) (Art. 1 des Gesetzes Nr. 1544) vom 18. Februar 2004, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 04. Dezember 2019 (Amtsbl. I 2020 S. 211).
- Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland - Saarländisches Naturschutzgesetz - (SNG) vom 05. April 2006 (Amtsbl. 2006 S. 726), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Mai 2021 (Amtsbl. I S. 1491).
- Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG) (Art. 3 des Gesetzes Nr. 1946 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes und der saarländischen Denkmalpflege) vom 13. Juni 2018 (Amtsbl. 2018 S. 358).
- Saarländisches Wassergesetz (SWG) vom 28. Juni 1960 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsbl. S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).
- Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SBodSchG) vom 20. März 2002 (Amtsbl. 2002 S. 980), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. November 2007 (Amtsbl. S. 2393).

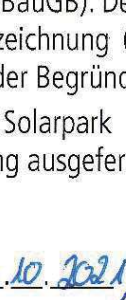
VERFAHRENSVERMERKE

- Der Stadtrat der Kreisstadt Sankt Wendel hat am 01.10.2020 die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarkamp Niederlinxweiler“ beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Der Beschluss, diesen Bebauungsplan aufzustellen, wurde am 11.01.2020 öffentlich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Es wird bescheinigt, dass in dem räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes geeigneten Flurstücke hinsichtlich ihrer Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.
- Die Öffentlichkeit wurde im Rahmen einer Unterrichtung in der Zeit vom 20.01.2020 bis einschließlich 19.02.2020 frühzeitig beteiligt (§ 3 Abs. 1 BauGB).
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden, deren Aufgabenbereich von der Planung berührt werden kann, wurden mit Schreiben vom 15.01.2020 frühzeitig beteiligt und von der Planung unterrichtet und um Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB (Scoping) aufgefordert (§ 4 Abs. 1 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum 19.02.2020 zur Stellungnahme eingeräumt.
- Der Stadtrat der Kreisstadt Sankt Wendel hat in seiner Sitzung am 18.02.2021 die Anpassung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes „Solarkamp Niederlinxweiler“ beschlossen (1 Abs. 3 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 1 BauGB).
- Der Stadtrat der Kreisstadt Sankt Wendel hat in seiner Sitzung am 18.02.2021 den Entwurf gebilligt und die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes „Solarkamp Niederlinxweiler“ beschlossen (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung hat in der Zeit vom 01.03.2021 bis einschließlich 31.03.2021 öffentlich ausliegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungfrist von jedermann schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch per Mail abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, am 20.02.2021 öffentlich bekannt gemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom 22.02.2021 von der Auslegung benachrichtigt (§ 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum 31.03.2021 zur Stellungnahme eingeräumt.

- Während der öffentlichen Auslegung gingen seitens der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Bürger Anregungen und Stellungnahmen ein. Die Abwägung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen erfolgte durch den Stadtrat am 15.07.2021. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen und Stellungnahmen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).
- Der Stadtrat hat am 15.07.2021 den Bebauungsplan „Solarkamp Niederlinxweiler“ als Satzung beschlossen (§ 10 Abs. 1 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.
- Der Bebauungsplan „Solarkamp Niederlinxweiler“ wird hiernächst als Satzung ausfertigt.





Sankt Wendel, den 08.10.2021



Der Bürgermeister


Sankt Wendel, den 02.10.2021

Der Bürgermeister

Solarkamp Niederlinxweiler

Bebauungsplan in der Kreisstadt Sankt Wendel, Stadtteil Niederlinxweiler



Bearbeitet im Auftrag der
Kreisstadt Sankt Wendel
Rathausplatz 1
66606 St. Wendel

Stand der Planung: 25.06.2021

SATZUNG

Maßstab 1:2000 im Original
Verkleinerung ohne Maßstab

Gesellschaft für Städtebau und Kommunikation mbH
Kirschenstraße 12 · 66557 Illingen
Tel: 0 62 55 - 4 04 10 70
Email: info@kernplan.de

Geschäftsführer:
Dipl.-Ing. Hugo Kern
Dipl.-Ing. Sarah End

KERN

<p>Für die Verfahrensführung und die Festsetzungen des Behebungsplans gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 1970 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802). • Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BaunVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 1970 (BGBl. I S. 1986), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802). • Verordnung über die Ausarbeitung der Baupläne und die Darstellung des Planaufteils (PlanV) vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802). • Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 116). • Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306). • Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2385), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 2. Juni 2021 (BGBl. I S. 1295). 	<ul style="list-style-type: none"> • § 12 des Kommunalabfallverwaltungsvergesetzes (KSVG) des Saarlandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1987 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8./9. Dezember 2020 (Amtsbl. I S. 1341). • Saarländische Landesbaubehörde (LBO) (Art. 1 des Gesetzes Nr. 1544) vom 18. Februar 2004, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 04. Dezember 2019 (Amtsbl. I 2020 S. 21). • Gesetz zum Schutz der Natur und Heimatschutz im Saarland (Saarländer Heimatschutzgesetz - SHG) vom 05. April 2006 (Amtsbl. 2006 S. 736), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Mai 2021 (Amtsbl. I S. 1491). • Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG) (Art. 3 des Gesetzes Nr. 1946 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzgesetzes und der saarländischen Denkmalliste) vom 13. Juni 2018 (Amtsbl. 2018 S. 338). • Saarländisches Wassergesetz (SWG) vom 28. Juni 1960 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 2004 (Amtsbl. S. 1094), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 374). • Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SBodSchG) vom 20. März 2002 (Amtsbl. 2002 S. 990), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. November 2007 (Amtsbl. S. 2393).
--	--

Der Stadtrat der Kreistadt Sankt Wendel hat am 01.10.2019 die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans „Sanktarp Niederwieseln“ beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Der Bebauungsplan, der am 11.01.2020 öffentlich bekannt gemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Es wird bescheinigt, dass die im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes gelegenen Flurstücke hinsichtlich ihrer Grenzen und Beziehungen mit den Liegenschaftskataster übereinstimmen.

Die Öffentlichkeit wurde im Rahmen einer Unterrichtung in der Zeit vom 20.01.2020 bis einschließlich 19.02.2020 frühzeitig beteiligt (§ 3 Abs. 1 BauGB).

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden, deren Aufgabenbereich von der Planung berührt werden kann, wurden mit Schreiben vom 15.01.2020 frühzeitig beteiligt und von der Planung unterrichtet und um Äußerung auch im Hinblick auf die räumliche Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltverpflichtung nach § 2 Abs. 4 BauGB (Scoping) aufgefordert (§ 4 Abs. 1 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum 19.02.2020 zur Stellungnahme eingeräumt.

Der Stadtrat der Kreistadt Sankt Wendel hat in seiner Sitzung am 18.02.2021 die Anpassung der Geltungsbereichsbeschränkung des Bebauungsplans „Sanktarp Niederwieseln“ beschlossen (1 Abs. 3 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 1 BauGB).

Der Stadtrat der Kreistadt Sankt Wendel hat in seiner Sitzung am 18.02.2021 den Entwurf begutachtet und die Schlussabstimmung des Bebauungsplans „Sanktarp Niederwieseln“ beschlossen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung hat in der Zeit vom 01.03.2021 bis einschließlich 31.03.2021 öffentlich ausliegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch per Mail abgegeben werden können, dass nicht fristgemäß abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, am 20.02.2021 öffentlich bekannt gemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom 22.02.2021 von der Auslegung benachrichtigt (§ 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB). Ihnen wurde eine Frist zum 01.03.2021 zur Stellungnahme eingeräumt.

Während der öffentlichen Auslegung gingen seitens der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Bürger Anregungen und Stellungnahmen ein. Die Abwägung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen erfolgte durch den Stadtrat am 15.07.2021. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen und Stellungnahmen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

Der Stadtrat hat am 15.07.2021 den Bebauungsplan „Sanktarp Niederwieseln“ als Satzung beschlossen (§ 10 Abs. 1 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.

Der Bebauungsplan „Sanktarp Niederwieseln“ wird hiernächst als Satzung ausgestellt.

Sankt Wendel, den 04.04.2021

Der Bürgermeister

Der Satzungsbeschluss wurde am 22.02.2021 öffentlich bekannt gemacht (§ 10 Abs. 3 BauGB). In dieser Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit der Einsichtnahme, die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften sowie auf die Rechtsfolgen der §§ 214, 215 BauGB, ferner auf Fälligkeit und Entschärfen der Entschädigungsansprüche gem. § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und §§ 4 Abs. 5 BauGB und auf die Rechtsfolgen des § 12 Abs. 6 KStVG hingewiesen worden.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan „Sanktarp Niederwieseln“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Sankt Wendel, den 02.04.2021

Der Bürgermeister

**Bebauungsplan in der Kreisstadt Sankt Wendel,
Stadtteil Niederlinxweiler**

PLANGEBIET

Botzhügel

M 1:10.000; Quelle: ZORA, Z - 026/05, LVGL

0 20 100 200

**Bearbeitet im Auftrag der
Kreisstadt Sankt Wendel
Rathausplatz 1
66606 St. Wendel**

**Gesellschaft für Städtebau und
Kommunikation mbH**

**Kirchenstraße 12 · 66557 Illingen
Tel: 0 68 25 - 4 04 10 70
email: info@kemplan.de**

**Geschäftsführer:
Dipl.-Ing. Hugo Kern
Dipl.-Ing. Sarah End**

Stand der Planung: 25.06.2021

SATZUNG

**Maßstab 1:2000 im Original
Verkleinerung ohne Maßstab**

**KERN
PLAN**